

Hart an der Grenze – Die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik

Die Bilder gehen immer wieder um die Welt: Flüchtlingsleichen an europäischen Stränden, sinkende Schiffe im Mittelmeer, Schüsse auf Migranten an den Grenzzäunen zwischen Spanien und Marokko. Trotz wiederkehrender menschlicher Katastrophen an den Grenzen der EU verstoßen ihre Mitgliedsstaaten systematisch gegen geltendes Völkerrecht, insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention.

Die EU bereitet sogar Maßnahmen vor, die Flüchtlinge noch wirksamer daran hindern sollen, ihr Menschenrecht auf Asyl in Europa geltend zu machen. Dazu zählt zum Beispiel die Abweisung von Menschen an der Grenze, die durch angeblich sichere Drittstaaten in die EU einreisen wollen.



© José Palazón/PRODEIN

Ein Stacheldrahtzaun trennt Marokko von der spanischen Enklave Melilla. Beim Versuch ihn zu überwinden verlieren Flüchtlinge ihre Kleidung, viele ihr Leben.

amnesty international fordert die EU auf,

- ★ ein faires Asylverfahren für jeden Menschen, der das Territorium der EU erreicht, zu gewähren.
- ★ keine Auslagerung des Flüchtlingsschutzes auf Nachbarstaaten der EU vorzunehmen.

Keine Folter im „Krieg gegen den Terror“

Folter ist grausam und unter allen Umständen verboten. Dies galt bis zum 11.09.2001 in Europa als Konsens. Doch seitdem verletzen nicht nur die USA, sondern zunehmend auch die EU-Staaten diesen Grundwert.

Europäische Flughäfen sind Drehscheiben für Verschleppungsflüge der CIA. Beamte deutscher und europäischer Nachrichtendienste führen Vernehmungen auf Guantánamo und in Foltergefängnissen durch. EU-weit ist eine erleichterte Abschiebung von Terrorverdächtigen zu beobachten, oft in Länder, die für Folter bekannt sind. „Diplomatische Zusicherungen“ reichen EU-Staaten als Garantie, dass Abgeschobene nicht gefoltert werden.

Damit haben sich die europäischen Regierungen zu Komplizen bei den Menschenrechtsverletzungen im Antiterrorkampf der USA gemacht.

amnesty international fordert die EU auf,

- ★ illegale Verschleppungsflüge und die Beteiligung europäischer Staaten weiter zu untersuchen und künftig zu verhindern.
- ★ Abschiebungen in Folterstaaten durch europäische Staaten zu stoppen.
- ★ die schleichende Aushöhlung des absoluten Folterverbots zu verhindern.



© Nicolas Kominis

Aktion von amnesty Dänemark gegen illegale Verschleppungsflüge

Menschenrechte Nebensache? – Die EU und ihre Ziele in Zentralasien

Der Ausbau der Beziehungen zu Zentralasien soll Markenzeichen einer neuen EU-Strategie werden. Die Energieressourcen in der Region sind gigantisch. Dazu kommt die sicherheitspolitisch wichtige Nachbarschaft zu Afghanistan.

Doch in einigen Staaten der Region werden Grundrechte massiv verletzt. Folter ist weit verbreitet. Die Meinungsfreiheit ist stark eingeschränkt. Die Regierung von Usbekistan will – nach eigenen Angaben – im Januar 2008 die Todesstrafe abschaffen. Bis heute werden jedoch Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die Bedeutung der Menschenrechte für die künftige europäische Zentralasienpolitik darf nicht gegen geostrategische Interessen ausgespielt werden.



© amnesty international

Symbolischer Grabstein für Dmitri Tschikunow: Nach einem erfolgerten Geständnis wurde er hingerichtet. Seine Familie weiß bis heute nicht, wo sich sein Leichnam befindet.

amnesty international fordert die EU auf,

- ★ sich für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern in Zentralasien stark zu machen.
- ★ auf der Einhaltung des absoluten Folterverbots zu bestehen.
- ★ sich für die Abschaffung der Todesstrafe in Zentralasien und ein sofortiges Hinrichtungsmoratorium in Usbekistan einzusetzen.

Für eine Union der Menschenrechte!

Die Situation der Menschenrechte im vereinten Europa bleibt widersprüchlich: Formal hat die EU starke Bekenntnisse zu den Menschenrechten abgelegt, doch ihr praktisches Menschenrechtsverständnis bleibt zu oft hinter den eigenen Prinzipien zurück.

amnesty international fordert die EU deshalb auf, Menschenrechte zur Priorität ihrer Außenpolitik zu machen. Gleichzeitig muss sie Menschenrechtsverletzungen in ihrem Inneren thematisieren und ahnden.

Nur so kann die EU gegenüber Drittstaaten glaubwürdig auftreten und die vakante Führungsrolle in der internationalen Menschenrechtspolitik einnehmen.

Deutschland hat mit der Ratspräsidentschaft 2007 Chance und Auftrag zugleich. Machen Sie es Menschen Recht.

Weitere Informationen unter:
www.amnesty.de/eu

amnesty international
53108 Bonn

Tel.: 0228/9 83 73- 0
Fax: 0228/63 00 36

info@amnesty.de
www.amnesty.de

amnesty international (ai) setzt sich auf der Grundlage der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ für eine Welt ein, in der die Rechte einer jeden Person geachtet werden. ai deckt Menschenrechtsverletzungen weltweit auf und wird aktiv, wenn Menschen akut bedroht sind.

Insbesondere arbeitet ai

- ★ für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täter
- ★ gegen Folter, Todesstrafe, politischen Mord und „Verschwindenlassen“
- ★ für die Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Überzeugung inhaftiert sind
- ★ für den Schutz und die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern

- ★ gegen Rassismus und Diskriminierung und
- ★ für den Schutz von Flüchtlingen und Asylsuchenden
- ★ für den Schutz der Menschenrechte in bewaffneten Konflikten
- ★ für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- ★ für den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und Unterdrückung
- ★ für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte

Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung!

Spendenkonto 80 90 100
BfS Köln
BLZ 37020500

ai finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt ai ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

MACHEN SIE ES MENSCHEN RECHT

ai
amnesty international
FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Menschenrechtliche Herausforderungen für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft
Januar – Juni 2007

Europa – Frei, sicher und gerecht?

Innerhalb der Europäischen Union (EU) gelten die Menschenrechte als verwirklicht: Menschenrechte, Demokratie und das Prinzip des Rechtsstaats sind im EU-Vertrag verankert.

Die „Kopenhagener Kriterien“ legen verbindliche Menschenrechtsstandards fest, die jeder Beitrittskandidat vor der Aufnahme erfüllen muss. Doch die Realität innerhalb der EU sieht häufig anders aus: Diskriminierung und Rassismus, Polizeiübergriffe und illegale Abschiebungen – auch in Europa sind schwere Menschenrechtsverletzungen alltäglich.

Denn der Schutz der Menschenrechte stößt schnell an seine Grenzen, wenn politische, ökonomische oder militärische Interessen in den Vordergrund treten.

ai
amnesty international
FÜR DIE MENSCHENRECHTE